

ROSENHEIMER RUNDBRIEF, NR. 86

WEITERE THEMEN IN DIESER
AUSGABE:

Familie und Beruf	2
Brennerbasistunnel	3
Ausbau der A 8	3
Persönlich gesehen	4

Kahlschlag Städtebau

Statt endlich diejenigen heranzuziehen, die die Finanzmarktkrise verursacht haben, will die Bundesregierung lieber an den Lebensbedingungen vor Ort und bei den Kommunen sparen. erinnert sich noch jemand an die **Finanztransaktionssteuer**, die Angela Merkel erst ablehnte, dann angeblich doch wollte und von der man seitdem nichts mehr gehört hat?

Während Schwarz-Gelb weiter eine Beteiligung der Krisenverursacher „prüft“, sind die Kürzungen für die **Städtebauförderung** bereits auf dem Weg. Und so sieht das konkret aus: Die Förderung für die **Soziale Stadt Rosenheim** soll von 1,65 Mio. Euro auf nur noch 0,4 Mio. Euro sinken. Für **Raubling** stehen statt 240.000 nur noch 30.000 Euro zur Verfügung. Die Förderung für **Kolbermoor** soll von 300.000 auf 180.000 Euro in diesem Jahr sinken.

Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) plant schon den nächsten Schlag: Die Bundesmittel für die Städtebauförderung sollen von 455 Mio. auf nur noch 265 Mio. Euro im nächsten Jahr sinken – 2010 waren es noch 590 Mio. Euro.

Energiewende Jetzt!

Die Katastrophe von Fukushima hat wieder schmerzlich vor Augen geführt, dass es bei Atomkraft keine 100-prozentige Sicherheit gibt. Wir müssen aus dieser Risikotechnologie so schnell wie möglich raus. Die SPD hatte diesen Weg bereits mit dem rot-grünen Atomausstieg besiegelt, der ohne Not von Schwarz-Gelb zugunsten der Atom-Lobby aufgekündigt wurde.

Die Bundesregierung hat mittlerweile eingesehen, dass ihr erst im letzten Herbst vorgestelltes „**Energiekonzept**“, das Angela Merkel eine „Revolution“ nannte, großer Mist war. Nun soll es ein neues Energiekonzept geben. Schwarz-Gelb ist jetzt doch gegen Atomkraft und will die Laufzeiten lieber doch nicht massiv verlängern. Das ist zwar nicht besonders glaubwürdig aber uns soll es recht sein. Messen werden wir Schwarz-Gelb aber lieber an den Taten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits ein Programm für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung vorgelegt, das es umzusetzen gilt.

Zur Energiewende brauchen wir mehr Investitionen in die **Speicherung von Energie**, denn das Aufkommen von Erneuerbarer Energie schwankt. Wir brauchen einen **Ausbau der Leitungen**, weil Strom nicht zwingend dort gebraucht wird, wo er erzeugt wird. Wir müssen **Energie einsparen**, z.B. durch die zuletzt von Schwarz-Gelb massiv gekürzte **CO2-Gebäudesanierung**, den Ausbau der Energieberatung und die Entwicklung von intelligenten Haushaltsgeräten. Energie muss **bezahlbar** bleiben. Dafür brauchen wir neben Einsparung auch mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt.

Noch einlge Energie-Fakten:

Wie viel zahlen wir für Erneuerbare Energie (EEG)?

2011 ist die EEG-Umlage von 2 Cent/kWh auf 3,5 Cent gestiegen. 2016 wird sie voraussichtlich ihren Höhepunkt bei bis zu 3,9 Cent/kWh erreichen. Für einen Durchschnittshaushalt wären dies im Monat zwischen 8,50 und 12 Euro. **Danach wird die Umlage kontinuierlich sinken**, weil Erneuerbare Energie bis dahin wettbewerbsfähig ist und die festen Vergütungen nach und nach auslaufen.

Explodieren die Strompreise wegen Erneuerbarer Energie?

Nein. Zwischen 2000 und 2010 verteuerte sich die monatliche Stromrechnung um etwa 27 Euro. Die EEG-Umlage pro Haushalt und Monat stieg aber um weniger als drei Euro. Die Erneuerbare Energie hatte also nur einen relativ kleinen Anteil an den Steigerungen.

Ist Atomkraft billig(er)?

Nein. Eine Studie kommt zum Ergebnis, dass Kernenergie seit 1950 mit mindestens **165 Mrd. Euro** staatlich gefördert wurde und Steuervergünstigungen in Höhe von **65 Mrd. Euro** eingestrichen hat. Die erst noch anfallenden Kosten (z.B. Suche nach Endlagern), belaufen sich auf insgesamt **93 Mrd. Euro**.

Konzept zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Das SPD-Präsidium hat ein Konzept zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorgestellt. Hier die wichtigsten Ziele und Forderungen:

- **gleiche Bezahlung** für Frauen und Männer, die **Eindämmung des Missbrauchs der Zeitarbeit** und ein flächendeckender gesetzlicher **Mindestlohn**.
- Umbau des **Ehegattensplitting** zur individuellen Besteuerung - aus Gründen des Vertrauensschutzes allerdings nur für künftige Ehen. Unterhaltspflichten könnten aber weiter geltend gemacht werden.
- Prüfung des Rechts auf die **„kurze Vollzeitarbeit“** für Väter und Mütter (30-35 Stunden).
- Einführung einer 10-tägigen **bezahlten Pflegezeit**, wenn ein Angehöriger pflegebedürftig wird mit Rechtsanspruch.

• **Fachkräfteoffensive** für Erzieherinnen und Erzieher.

• **Masterplan Ganztagschule** mit 7.000 neuen Ganztagschulen bis 2015 und einem flächendeckenden & bedarfsgerechten Angebot bis 2020.

• Schrittweise **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** in Kitas - für Alleinerziehende ab 2013 und für alle ab 2017.

Damit bauen wir auf unserem bisherigen Kurs auf: Die SPD hatte noch unter Rot-Grün ein 4 Mrd. Euro schweres Ganztagschulprogramm gestartet, den Ausbau der Kleinkinderbetreuung erstmals mit Bundesmitteln unterstützt und in der Großen Koalition weiter vorangetrieben, sowie den Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kita ab dem ersten Geburtstag, der ab 2013 gilt, gegen CDU und CSU durchgesetzt.

Steuern in Rosenheim

Dass Steuerrecht kein trockenes Thema sein muss, bewies mein Kollege, der Finanzexperte **Lothar Binding** in Rosenheim. Auf der Veranstaltung **„Steuern - einfach und gerecht. Ist das möglich?“** lieferte er einen spannenden Überblick über das Steuersystem und forderte: „So gerecht wie möglich, so einfach wie nötig und nie so niedrig, dass alle zufrieden sein werden“. In der Diskussion ging es u.a. um Vermögens-, Erbschafts- und Transaktionssteuer. Vorher waren wir in **Kolbermoor** zum Thema Kommunalfinanzen bei Bürgermeister **Peter Kloo**.



Weiterhin ein beliebtes Reiseziel: Im Foto oben eine **Besuchergruppe** aus der Region in Berlin im Reichstag.

Zur **Gesundheitspolitik** nehme ich bayernweit Veranstaltungen wahr; Foto unten: Traditionelles Fischessen in Ergoldsbach.



Prävention stärken

Die SPD hat im Bundestag einen Antrag zum **Ausbau der Prävention und Gesundheitsförderung** eingebracht, den ich als Berichterstatterin erarbeitet hatte.

Wir fordern in dem Antrag u.a. eine bessere Abstimmung der bestehenden Maßnahmen im Rahmen einer Präventionsstrategie und ein **Präventionsgesetz**, um die Prävention zu einer **eigenständigen Säule** im Gesundheitswesen auszubauen. Es geht darum, das Entstehen von Krankheiten zu vermeiden und im Falle einer Erkrankung die Verschlechterung des Zustandes zu verhindern. Thema ist dabei auch die Prävention im Alter. Ziel ist es, Prävention **stärker vor Ort** zu bringen, also zum Beispiel in Schulen, die Soziale Stadt, Mehrgenerationenhäuser, Altenheime und an den Arbeitsplatz.

Gesundheit In Wasserburg

Auf großes Interesse stieß die Veranstaltung „Wege aus der Zwei-Klassen-Medizin“ in **Wasserburg**, bei der wir mit Experten über die Bürgerversicherung diskutierten. Mit dabei waren **Gerhard Schöndorfer** (Direktor AOK Rosenheim) sowie unsere Stadträte **Dr. Christine Mayerhofer** und **Wolfgang Janeczka**, die als Ärztin respektive als stv. Leiter der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege im Inn-Salzach-Klinikum berichten konnten.



Brennerbasistunnel: Wir geht es weiter mit dem Zulauf ?

Nach dem nunmehr dritten Spatenstich scheint es mit dem von Österreich und Italien geplanten Brennerbasistunnel tatsächlich voranzugehen. Auf deutscher Seite stellt sich die Frage nach dem notwendigen Zulauf zum Tunnel.

Erstmals gibt es auf Basis des zu erwartenden Verkehrs im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums einen Vorschlag. Dieser sieht **zusätzliche Gleise im Inntal** vor sowie eine **Umfahrung Rosenhelms**. Der Fernverkehr würde an Rosenheim ohne Zwischenstopp vorbeiziehen. Die **Kosten-Nutzen-Bewertung** des Vorschlags ist (ebenso wie die Planungstiefe) sehr schlecht - die Umsetzungswahrscheinlichkeit zumindest in dieser Form ist deswegen offen. Das ist gut so!

Bisher sieht es nämlich so aus, dass mit diesem Plan **kaum Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert** würde und das ganze so knapp kalkuliert ist, dass für angemessenen **Lärmschutz und Maßnahmen wie eine Gleisverlagerung** wohl kaum Mittel vorhanden wären.

Auf Nachfrage hat mir das **Bundesverkehrsministerium** mitgeteilt, dass bei einer Realisierung des Brennerbasistunnels in jedem Fall zusätzliche Gleise im Inntal notwendig sind: „Mit der Realisierung des Brennerbasistunnels werden die Verkehrsmengen so stark ansteigen, dass eine Kapazitätserweiterung der Bestandsstrecke nicht ausreichen wird“. Daniela Ludwig hatte - wohl um die Inntaler zu beruhigen - das Gegenteil behauptet.

Meiner Meinung nach muss das Bundesverkehrsministerium jetzt als erstes auch gegenüber Italien und Österreich tatsächlich das **klare Ziel der Verkehrsverlagerung auf die Schiene** verfolgen - sonst macht der ganze Tunnel gar keinen Sinn. Dann müssen die **Gemeinden** unbedingt in die Zulauf-Planung einbezogen werden und Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer muss endlich mit der Bahn Kontakt aufnehmen (das hat er, wie ich höre, noch nie zum Thema Brenner gemacht) und Geld für die Planung bereitstellen.

Ich plane deswegen gemeinsam mit meinen Kollegen Ewald Schurer MdB und Bärbel Kofler MdB eine **Brennerkonferenz** bei uns in der Region - die Bahn hat bereits zugesagt!

A 8: Noch nicht das letzte Wort gesprochen!

Nachdem der sogenannte **Planungsdialog** zum sechsspurigen Ausbau der A8 zwischen Rosenheim und Salzburg mit Beteiligung der Gemeinden und Bürgerinitiativen vorerst abgeschlossen ist, ist leider nicht alles gut. Der künftige **Lärmschutz** insbesondere für Frasdorf, Rohrdorf und Bernau bleibt strittig.

Die **Planungsempfehlung** der landkreisübergreifenden Lenkungsgruppe ist lediglich eine **Galerie-Lösung** (z.B. gekrümmte Lärmschutzwände also eine „Teil-Einhausung“) **für Rohrdorf-Achenmühle**, eine Mischung aus **Volleinhausung und Galerie-Abschnitten für Frasdorf** sowie **einfache Lärmschutzwände für Bernau** (eventuell mit einer Galerie für Hötzing). Die im Planungsdialog erfolgte Bewertung der verschiedenen Planungsvarianten mit einer Gewichtung hatte eigentlich ein anderes Ergebnis gehabt. Da hatten eine um-

fangreichere Einhausung für Frasdorf, Leitenberg, Umrathshausen (die **Grünbrücken-Lösung**, eine begrünte Einhausung) sowie eine Einhausung Achenmühle-Daxa sowie die nördliche Galerie Hötzing die meisten Punkten erhalten.

Dass laut den Bürgerinitiativen auch der kommunale Landkreisvertreter offenbar gemeinsam mit den Vertretern der Autobahndirektion und des Bundesverkehrsministeriums diese **Ergebnisse ignoriert** und die beteiligten Bürgerinitiativen und Gemeinden überstimmt hat, ist gelinde gesagt unverständlich.

Das ist umso ärgerlicher, weil das damals noch SPD-geführte Bundesverkehrsministerium die Grünbrücken-Lösung unterstützt hatte. Jetzt unter CSU-Führung sieht das offenbar anders aus. **Ich bin nicht bereit, das einfach so hinzunehmen und werde dagegen ankämpfen!**

Arbeitslose sollen zahlen

Schwarz-Gelb setzt den unsozialen Kurs fort, die Krisenkosten in erster Linie auf die Arbeitslosen und deren Chancen abzuwälzen. Nach den bereits massiven Kürzungen für die Job-Center in Rosenheim und der Streichung des Elterngeldes für Arbeitslose will Schwarz-Gelb nun u.a. die Förderung der Selbständigkeit („Gründungszuschuss“) für Arbeitslose kaputt machen!

Impressum:

Bürgerbüro
Angelika Graf MdB
Am Nörreut 19
83022 Rosenheim
Telefon: 08031-98230
Fax: 08031-299023
E-Mail: angelika.graf@wk.bundestag.de
Internet: www.grafspd.de

Abgeordnetenbüro
Angelika Graf MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 77313
Fax: 030-227 76792
E-Mail: angelika.graf@bundestag.de

Für uns in Berlin:
Angelika Graf

SPD

Persönlich gesehen...

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie viele von Euch schon wissen, hat es meine langjährige Büroleiterin Isabella Walter nach Schweinfurt verschlagen. Sie ist dort jetzt Geschäftsführerin des SPD-Unterbezirks. Ich habe sie schweren Herzens ziehen lassen. Judith Schäfer, die ihr ja schon kennt, hat die Nachfolge als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Büroleiterin in Vollzeit übernommen. Neu dabei ist Alexandra Schiel aus Grabenstätt, die die Halbtagsstelle übernimmt. Alexandra war zuletzt bei meiner Kollegin Bärbel Kofler aus dem Nachbarwahlkreis. Judith und Alex stehen Euch gerne als Ansprechpartnerinnen vor Ort zur Verfügung! Mein Bürgerbüro in Rosenheim ist Montag bis Mittwoch von 8-16 Uhr, Donnerstag von 8-18 Uhr und Freitags von 8-13.30 Uhr und nach Vereinbarung geöffnet.

PID-Debatte im Bundestag

Im Bundestag hat jetzt die Debatte über die Präimplantationsdiagnostik (PID) begonnen. Hier steht nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes eine Neuregelung an. Die Abstimmung darüber ist eine Gewissensentscheidung. Jeder und jede Abgeordnete muss darüber entscheiden, ob und inwieweit die Untersuchung von im Reagenzglas erzeugten Embryonen auf Krankheiten vor der Ein-

pflanzung in den Mutterleib und die eventuell darauf folgende Verwerfung erlaubt sein sollen.

Zur Beratung stehen **drei fraktionsübergreifende Anträge**: Ein Antrag spricht sich für die **Zulässigkeit der PID in Ausnahmefällen** aus, ein Antrag will ein **umfassendes Verbot**, ein weiterer Antrag will PID grundsätzlich **gesetzeswidrig aber in Ausnahmefällen straffrei** machen.

Ich persönlich unterstütze den ersten Antrag, also die **Zulässigkeit in Ausnahmefällen**, weil PID meiner Meinung nach für Eltern mit entsprechenden genetischen Dispositionen zur Vermeidung von Tot- oder Fehlgeburten in gewissen Fällen eine große Hilfe sein kann, um Leid und schwere psychische Belastungen zu begrenzen. Der Antrag sieht zur Verhinderung von Missbrauch vor, dass die PID nach verpflichtender Aufklärung und Beratung sowie einem positiven Votum einer Ethik-Kommission in den Fällen zulässig sein soll, in denen ein oder beide Elternteile die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Im Vorfeld der PID soll eine sorgfältige Diagnostik bei beiden Partnern erfolgen. Die PID soll an lizenzierten Zentren vorgenommen werden.

Eure Angelika

MEINE WICHTIGSTEN TERMINE IM MAI 2011

01.05.	10.00	Maikundgebung, Gewerkschaftshaus, Rosenheim
02.05.	19.30	SPD-UB-Vorstand, Rosenheim
03.05.	09.30	Besuch beim AWO-Integrationskindergarten, Rosenheim
04.05.	19.30	SPD-UV-Großkarolinenfeld
05.05.	10.00	60 plus: Gesund und sicher leben, Max-Josefs-Platz, Rosenheim
05.05.	18.30	Mai-Empfang des Landrates, Rosenheim
06.05.	16.00	Landesvorstand AG 60 plus, Nürnberg
07.05.	10.00	Landeskonzferenz AG 60 plus, Nürnberg
09.05.bis 13.05.		Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
14.05.		Betriebsausflug Gesicht zeigen, Sameralm
14.05.	19.00	Jahreshauptversammlung SPD-UV-Prien, Prien
16.05.	19.00	SPD-KV-Rosenheim-Konferenz, Jahreshauptversammlung
17.05.bis 20.05.		Delegationsreise der Dt.-Österreichischen Parlamentariergruppe
20.05.	17.00	Eröffnung Apothekertag, Rosenheim
21.05.		AfA-Landeskonferenz (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen)
23.05.bis 27.05.		Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
28.05.	13.30	ESV-Stockschießturnier, Rosenheim